

Kapitalgesellschaftsrecht

von

Jan Wilhelm

3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

W
DE
G

RECHT

De Gruyter Recht • Berlin

Inhaltsverzeichnis

VorwortV
Verzeichnis der Abkürzungen	XIX
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXVII
A. Kapitalgesellschaftsrecht, Kapitalgesellschaften, Kapitalmarktrecht1
I. Die Rechtsformen, insbesondere die AG als kapitalmarktfähige Kapitalgesellschaft1
II. Unterscheidung der Rechtsformen Kapitalgesellschaft und Personengesellschaft1
III. Die Rechtsfähigkeit von Personen-Außen- und Kapitalgesellschaften	2
IV. Vergleich mit den Genossenschaften, Hinweis auf die Societas Cooperativa Europaea	3
V. Kapital, Fremd-, Eigenkapital	4
VI. Kapitalistische Grundlage der Beteiligung und Haftungsbeschränkung als Begriffsmerkmale der Kapitalgesellschaften	6
VII. Gesellschaft und Unternehmen	7
VIII. Mindestkapital und Kapitalbindung bei den deutschen Kapitalgesellschaften; Solvency-Test	8
IX. Die Europäische Aktiengesellschaft und die Arbeit an einer Europäischen Privatgesellschaft	10
X. Unterscheidung der AG und GmbH nach deutschem Recht	11
XI. Wirtschaftliche Funktion, AG als Kapitalsammelstelle, insbesondere über den Kapitalmarkt	13
XII. Besondere Gesellschaften zur Kapitalanlage	13
XIII. Verbundene Unternehmen	15
XIV. Mischformen	15
B. System des AktG und des GmbHG und die Entwicklung des Rechts der Kapitalgesellschaften und des Kapitalmarktrechts17
I. Sinn der Darstellung17
II. System des AktG und des GmbHG17
III. Die Entwicklung des deutschen Rechts der Aktiengesellschaft und der GmbH	21
1. Charakterisierung der Entwicklung	21
2. Die Entwicklung bis zum AktG 1965	22
3. Die Wiedervereinigung	30
4. Europarecht	30
5. Die Entwicklung der deutschen Gesetzgebung bis zur Gegenwart	31
a. Übersicht, Gang der Darstellung	31
b. Gesetz für kleine AG	31
c. Rechtsanwalts-GmbH und StückAG	32
d. Internationalisierung des Bilanzrechts	33
e. KonTraG und NaStraG	34
f. TransPuG	34

Inhaltsverzeichnis

g. Spruchverfahrensgesetz und weitere Gesetze	35
h. VorstOG	35
i. UMAG	36
j. EHUG	38
k. MoMiG im Vergleich zum Vorschlag der EG-Kommission für ein Statut der Europäischen Privatgesellschaft (SPE); Hinweis auf die „Limited“	39
l. Initiative „Frauen in den Aufsichtsrat“	46
m. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung erstinstanzlicher Zuständigkeit des OLG	47
n. Referentenentwurf zum Internationalen Gesellschaftsrecht	47
o. Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG)	47
p. Regierungsentwurf zu einem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	48
q. -Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der VW-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand	48
r. Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungsgesetz)	49
s. Finanzmarktstabilisierungsgesetz	50
IV. Das Kapitalmarktrecht als für die Aktien relevante Rechtsmaterie	50
V. Das Europäische Gesellschaftsrecht	53
1. Ansatzpunkte im EG-Vertrag	53
2. Überprüfung nationaler Gesetze	54
3. Richtlinien	56
4. Societas Europaea	60
a. Einführung	60
b. Die Normgebung und ihre Vorgeschichte	60
c. Die Lösung der Mitbestimmungsfrage durch die Richtlinie	62
d. Die Regelung der SE-VO	64
(1) Das auf die SE anwendbare Recht	64
(2) Rechtsnatur, Kapital	64
(3) Sitz	65
(4) Gründung; Vorgesellschaft	65
(5) Organe	68
(6) Jahresabschluss	70
(7) Auflösung, Zahlungsunfähigkeit, Umwandlung in eine AG	70
(8) Recht der verbundenen Unternehmen	70
(9) Die deutsche Ausführungsregelung (SEEG mit SEAG und SEBG)	70
5. Der Kommissionsvorschlag für eine Societas Privata Europaea	72
C. Die Gründung der AG und der GmbH im Vergleich zu der Kapitalerhöhung gegen Einlagen; Satzung bzw Gesellschaftsvertrag und Änderung	75
I. Bedeutung der Gründungsregelung	75
II. Das maßgebliche Recht	76
III. Möglichkeit der Rechtsformwahl für „Gegenstand“ und „Zweck“	79
IV. Die Gründungsregelung für AG und GmbH	81
1. Simultangründung; die Stufen bis zur Entstehung der Gesellschaft	81

Inhaltsverzeichnis

a. Simultangründung	81
b. Die Stufen bis zur Entstehung	82
2. Die einzelnen Regeln der Gründung	83
a. Gesellschaftsvertrag, Satzung	83
(1) Form, Kapitalgrundlagen; insbesondere die Unternehmergesellschaft	83
(2) Übersicht über den Inhalt, Wesen des notariellen Vertrags; Satzungsänderung	85
(3) Firma; Geschäftskorrespondenz	87
(4) Sitz	88
(5) Gegenstand und Zweck	89
(6) Sacheinlagen, Sachübernahmen, Sondervorteile, Gründungsaufwand	90
(7) Beteiligung Minderjähriger an Gründung oder Anteilsver- äußerung bei der GmbH	92
b. Organisation	93
c. Gründungsbericht, -prüfung	93
d. Anmeldung	94
(1) Art und Weise; Bekämpfung des Bestattungsmisbrauchs	94
(2) Voraussetzung der Mindestleistung	95
(3) Leistung „zu freier Verfügung“	97
e. Prüfung durch das Gericht, Eintragung, Bekanntmachung	98
f. Anteilsübertragung vor Eintragung, Gründerwechsel	100
g. Nachgründung	100
V. Die an das Gründungsrecht anschließende Regelung der Kapitalerhöhung gegen Einlagen	100
VI. Kautelen des Gründungs- und Kapitalerhöhungsrechts bei AG und GmbH	102
1. Das Thema der Kautelen	102
2. Sicherung bei Sacheinlagen	103
a. Direkte gesetzliche Sicherung (ohne Umgehungsprävention)	103
b. Ergänzung durch die Figur der verdeckten Sacheinlage	105
(1) Die frühere Rechtsprechung und die Änderung durch das MoMiG	105
(2) Voraussetzung der verdeckten Sacheinlage	110
(3) Die Notwendigkeit der Korrektur der Rechtsprechung zur ver- deckten Sacheinlage auch im Aktienrecht	111
3. Verantwortlichkeit der an der Gründung oder Kapitalerhöhung Be- teiligten	118
4. Nichtigkeit, Amtslöschung der eingetragenen Gesellschaft, Heilung	120
5. Die Prüfung des Anspruchs der Gesellschaft auf Erfüllung der Einlage- pflicht (Aufbringungskautelen durch Tilgungserfordernisse)	120
a. Anspruchsgrundlage und Wegfall des Anspruchs	120
b. Bar- oder Sachleistung; Fälligkeit	121
c. Barzahlung, Aufrechnungsverbot betreffend Mindestbarzahlung	121
d. Erfordernis der Zahlung „zu freier Verfügung“ betreffend den Mindest- und den weiteren Betrag; Verbot der Hin- und Herzahlung	122
e. Aufrechnungsverbote betreffend die über den Mindestbetrag hinaus- gehende Einlagepflicht	123
(1) Aufrechnungsverbot für den Gesellschafter aus §§ 66 I 2 AktG, 19 II 2 GmbHG	123
(2) Aufrechnungsbeschränkung für die Gesellschaft	124

Inhaltsverzeichnis

f. Abgrenzung der Tilgungshindernisse	125
g. Vorleistungen auf die Übernahme einer Einlage, insbesondere bei der Kapitalerhöhung	125
h. Verzug, Verfall, Mithaftung der Mitgesellschafter	127
i. Verjährung	128
VII. Anwendungsfall zum Gründungs- und Kapitalerhöhungsrecht und den darin begründeten Kautelen	128
VIII. Die Vorgesellschaft	129
1. Die gesetzliche Regelung der Vorgesellschaft	129
2. Die Vorgründungsgesellschaft vor der Vorgesellschaft	131
3. Die Entwicklung zur Identität zwischen Vorgesellschaft und Kapitalgesellschaft auch hinsichtlich der Verbindlichkeiten	133
a. Stufe 1: Einschränkung des Vorbelastungsverbots	133
b. Stufe 2: Aufgabe des Vorbelastungsverbots, Differenzhaftung	134
c. Stufe 3: Änderung der Haftung bei der Vorgesellschaft	135
d. Kritische Würdigung	138
IX. Wirtschaftliche Neugründung" (Mantel- und Vorratsgründung).	140
1. Gründung der Gesellschaft noch nach der Gründung der Gesellschaft?	140
2. Die Vorfrage der Eintragbarkeit und Wirksamkeit einer Vorratsgesellschaft	141
3. Analoge Anwendung der Gründungsvorschriften!	141
4. Kritik	143
D. Der Schutz des Vermögens der durch Eintragung entstandenen AG und der GmbH	145
I. Die Schutztatbestände und das zur Erhaltung des gezeichneten Kapitals erforderliche Vermögen	145
1. Die Kapitalaufbringung und der Grundtatbestand der Kapitalerhaltung	145
2. Kapitalerhaltung und Erwerb eigener Anteile	148
3. Organhaftung zur Kapitalerhaltung	149
4. Mithaftung der Gesellschafter der GmbH	149
5. Das zur Erhaltung des Garantiekapitals erforderliche Vermögen	149
6. Bilanzielle Darstellung der Auszahlung des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens	150
7. Die darüber hinausgehende Vermögensbindung bei der AG	151
8. CashPooling	152
9. Folgerung aus der unterschiedlichen Vermögensbindung bei AG und GmbH für die Kreditgewährung an Organmitglieder	153
10. Ergänzender Vermögensschutz durch Bereicherungsrecht	153
11. Grund des unterschiedlichen Vermögensschutzes bei AG und GmbH	155
12. Warn- und Insolvenzantragspflicht	155
13. Strafrechtliche Sanktionen	157
14. Haftung des faktischen Geschäftsführers	157
II. Die Vermögensrechnung bei den Schutztatbeständen	157
III. Die verdeckte Ausschüttung	161
IV. Die personelle Ausweitung der Vermögensbindung nach §§ 30, 31 GmbHG, 57, 62 AktG	163

Inhaltsverzeichnis

V. Kapitalerhaltung im Konzern	165
VI. Beispiel zur Vermögensbindung nach § 30 I 1 GmbHG	165
VII. Gesellschafterdarlehen	167
1. Nominelle und materielle Unterkapitalisierung	167
2. Die frühere Rechtsprechung zu den eigenkapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen und die GmbH-Novelle von 1980 im Gegensatz zum MoMiG	168
3. Die Neuregelung der Gesellschafterdarlehen durch das MoMiG	172
4. Die analoge Anwendung der Grundsätze betreffend Gesellschafterdarlehen nach der früheren Rechtsprechung und die Neuregelung	174
a. Analoge Anwendung über den Kreis der Gesellschafter und den Darlehntypus hinaus und das MoMiG	174
b. Die Ausweitung hinsichtlich der Person des Darlehnsgebers	174
c. Ausweitung nach dem Geschäftstyp auf die Nutzungsüberlassung	177
d. Finanzplankredit und Finanzplannutzungsüberlassung	179
VIII. Erstattungs- und Schadensersatzpflicht bei Verletzung der Insolvenzantragspflicht	180
IX. Das Problem der materiellen Unterkapitalisierung	188
1. Durchgriffshaftung	188
a. Durchgriffshaftung und allgemeine Haftungsgrundlagen	188
b. Analoge Anwendung von Vorschriften über den Vertragskonzern	190
c. Die Existenzvernichtungshaftung	195
2. Die Haftung aus dem Sonderrechtsverhältnis der negotiorum gestio	199
a. Elemente der Haftung wegen ordnungswidriger Geschäftsführung in der Rechtsprechung	199
b. Überwindung der Durchgriffshaftung aufgrund der Wahrnehmung der juristischen Persönlichkeit	200
c. Die Konsequenz der Geschäftsführungshaftung	201
d. Rechenschaftspflicht	204
e. Ausschließbarkeit der Haftung?	204
f. Aktivlegitimation	204
g. Subsidiäres Eingreifen der Durchgriffshaftung?	205
E. Die Änderung des gezeichneten Kapitals	206
I. Effektive und nominelle Kapitalveränderung	206
II. Die effektive Kapitalerhöhung	208
1. Möglichkeiten	208
2. Kapitalerhöhung gegen Einlagen	209
a. Zustandekommen und Wirksamwerden	209
b. Das Bezugsrecht der Gesellschafter	212
3. Die bedingte Kapitalerhöhung bei der AG	215
4. Das genehmigte Kapital bei AG und GmbH	216
III. Die nominelle Kapitalerhöhung	219
IV. Die Kapitalherabsetzung	222
1. Die verschiedenen Fälle der Kapitalherabsetzung	222
2. Der Grundfall der Kapitalherabsetzung	223
3. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung	225
a. Anwendbarkeit und Bedeutung	225

Inhaltsverzeichnis

b. Gläubigerschutz bei der vereinfachten Kapitalherabsetzung und Sanktionen	228'
c. Die Fälle Hilgers und Sachsenmilch	229
F. Die Mitgliedschaft der Gesellschafter der Kapitalgesellschaft	232
I. Mitgliedschaft als Mitgestaltungs- und Vermögensrechte umfassende Gesamtrechtsposition; Abspaltungsverbot	232
II. Die Aktie als Mitgliedschaft oder Teileinheit der Mitgliedschaft des Aktionärs, die entsprechende Bedeutung des Geschäftsanteils bei der GmbH	233
1. Aktionärsbeteiligung und Aktie	233
a. Die Beteiligung an der AG als Beteiligung von Gesellschaftern am Kapital der AG	233
b. Die Unterschiedlichkeit der Aktien; Unteilbarkeit, Aktiensplit	234
c. Die Aktie als Wertpapier; Ausschluss des Verbriefungsanspruchs; Nebenpapiere	236
d. Ruhen, Beschränkung der Rechte aus Aktien	240
2. Der Geschäftsanteil bei der GmbH	240
III. Die Mitgestaltungsrechte des Aktionärs und des Gesellschafter der GmbH - als Thema vor allem der Haupt- und der Gesellschafterversammlung	241
IV. Die Vermögensrechte der Gesellschafter aus der Mitgliedschaft	242
1. Die Vermögensrechte des Aktionärs	242
a. Das Gewinnbeteiligungsrecht	242
b. Das Bezugsrecht der Aktionäre und das Recht der Aktionäre auf Teilnahme am Liquidationserlös; weitere Rechte	244
2. Die Vermögensrechte der Gesellschafter der GmbH	244
a. Das Gewinnbeteiligungsrecht	244
b. Bezugsrecht und Recht auf Beteiligung am Liquidationserlös; weitere Rechte	247
V. Beginn und Ende der Mitgliedschaft, insbesondere die Rechtsnachfolge in die Mitgliedschaft	247
1. Beginn und Ende der Mitgliedschaft, Rechtsnachfolge bei der AG	247
a. Übersicht, die Veräußerung der Aktie, Übernahmen	247
b. Eigene Aktien	249
c. Kaduzierung und Amortisation	251
d. Squeeze-Out	251
2. Beginn und Ende der Mitgliedschaft an der GmbH, insbesondere die Rechtsnachfolge in die Mitgliedschaft an der GmbH	256
a. Übersicht, die Veräußerung und Vererbung des Geschäftsanteils	256
b. Eigene Geschäftsanteile	259
c. Kaduzierung, Abandon, Amortisation, Ausschluss, Austritt	260
G. AG, Aktionär und Aktie in der Praxis - Kapitalmarktrecht	263
I. Gegenstand	263
II. Kapitalmarktrecht und Gesellschaftsrecht sowie Bürgerliches Recht	264
III. Übersicht über die folgende Darstellung	266
IV. Die Sanktionen des Kapitalmarktrechts	267
V. Die wichtigsten Gesetze	270

Inhaltsverzeichnis

VI. Der Aktienerwerb in der Rechtswirklichkeit - die „rechtstechnische“ Seite des Aktienerwerbs.	271
1. Die Aktie als Handelsobjekt im Primär- und Sekundärmarkt	271
2. Mangelnde Praktikabilität der Einzelverbriefung von Aktien beim Handel am Sekundärmarkt	272
3. Die Aktie auf dem Weg in die „Entmaterialisierung“.	272
4. Rechtliche Auswirkungen der Rationalisierung im Verhältnis zwischen Veräußerer und Erwerber von Aktien.	273
5. Ausführungsgeschäft und Depotvertrag.	275
6. Internationalisierung des Effektenverkehrs.	276
VII. Handelsplattformen für Kapitalmarkttitel, insbesondere „die Börse“	277
1. Verschiedene Handelsplätze; Börsengesetz.	277
2. Die Börse.	278
3. Die verschiedenen Börsensegmente; Börsenzulassung; Indizes.	280
4. Der Handel an der Börse (regulierter Markt).	282
5. Die Aufhebung der Börsenzulassung	283
VIII. Der Weg der AG an die Börse - Aktienemission im Rahmen eines „Going Public“; börsengesetzliche Prospekthaftung	284
IX. Going Private/Delisting	288
1. Delisting und ungeschriebene HV-Kompetenzen.	288
2. Die Macro(row-Entscheidung des BGH	288
3. Kritik	290
X. Varianten des Erwerbs der Rechtsstellung als Aktionär.	291
1. Die Aktie als Instrument der Mitarbeiterbeteiligung	291
2. Die Beteiligung am Kapitalmarkt über Investmentgesellschaften - der „mittelbare“ Aktionär; Vergleich der UBG.	292
XI. Weitere „Finanzierungsinstrumente“ für die AG, neben der Aktie.	297
1. Gegenstand des Abschnitts	297
2. Anleihen	298
3. Derivate.	300
XII. Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) als maßgeblicher Normenkomplex für die organisierten Kapitalmärkte.	303
1. Das Grundgesetz des Kapitalmarktrechts.	303
2. Pflichten im Hinblick auf die Möglichkeit der Wahrnehmung von Rechten aus Wertpapieren, Finanzberichterstattung	305
3. Insiderrecht (§§ 12 ff WpHG).	306
4. Ad-hoc-Publizität (§ 15 WpHG).	312
5. Mitteilungspflichten bei Veränderung von Stimmrechtsanteilen (§§ 21 ff WpHG).	317
6. Mitteilung von „Directors' Dealings“ (§ 15a WpHG).	318
7. Jährliches Dokument (§ 10 Wertpapierprospektgesetz).	319
8. Verbot der Marktmanipulation (§ 20a WpHG).	319
XIII. Die Regelung des WpÜG über Angebote zum Erwerb von Aktien oder von Wertpapieren über Rechte zum Aktienerwerb oder entsprechenden Zertifikaten	321
1. Entstehung des WpÜG.	321
2. Überblick über das WpÜG.	321
XIV. Die Überwachung des Kapitalmarkts durch die BaFin: Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Marktes und des Anlegerschutzes.	327

Inhaltsverzeichnis

H. Die Rechtsbeziehungen in der Kapitalgesellschaft	329
I. Übersicht	329
II. Die Treuepflicht der Gesellschafter gegenüber den Mitgesellschaftern	330
1. Ausgangspunkt im Recht der GmbH: Das Urteil im <i>ITT-Fall</i>	330
2. Die Maßgeblichkeit der rechtlichen Haftungsgründe und Gestaltungsmöglichkeiten: <i>VW-Audit/NSU</i>	331
3. Girmes.	333
4. Die weiteren Entscheidungen zur Treuepflicht	336
III. Klagen wegen Beschlüssen von Organen der Kapitalgesellschaft	338
1. Die These vom aktienrechtlichen Organstreit	338
2. Die Entscheidung des BGH im Fall <i>Opel</i>	338
3. Die Ablehnung des Organstreits aufgrund der Klärung der Begriffe	341
4. Anfechtung und Nichtigkeit von HV-Beschlüssen und Beschlüssen der Gesellschafterversammlung.	342
a. Das Thema von Anfechtung und Nichtigkeit, Abgrenzung zur Unwirksamkeit von Beschlüssen, vorbeugender Rechtsschutz	342
b. Die Anfechtungs- und die Nichtigkeitsklage gegen HV-Beschlüsse der AG.	344
c. Die analoge Anwendung der §§ 241 ff auf die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung der GmbH	352
d. Die Frage der analogen Anwendung der §§ 241 ff auf Aufsichtsratsbeschlüsse der AG.	356
e. Die Möglichkeit der Rechtsmissbräuchlichkeit von Anfechtungsklagen.	358
5. Klagerechte der Aktionäre im Hinblick auf Maßnahmen der Geschäftsführung	361
a. Das Problem	361
b. Holz Müller.	362
c. Siemens/Nold; Mangusta/Commerzbank II	363
I. Die Organisation der AG und der GmbH	364
I. Grundlagen	364
1. Die Organe und ihre Bedeutung	364
a. Übersicht	364
b. Führungslosigkeit	366
c. Wesenszüge der Organisation; shareholder value; Deutscher Corporate Governance Kodex; Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	367
2. Die Möglichkeit der Einschaltung Dritter in die Organisation der juristischen Person und die Verbandssouveränität	372
3. Die Mitbestimmung	373
a. Motive der Mitbestimmungsregelung, Überblick	373
b. Das Verhältnis der gesetzlichen Grundlagen der Mitbestimmung zueinander.	376
c. Die Anwendungskriterien.	377
d. Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat; der Arbeitsdirektor.	378
e. Mitbestimmung nach dem MitbestG und die allgemeinen Rechtsformen.	381

Inhaltsverzeichnis

f.	Die Mitbestimmung nach dem MitbestG bei KGaA und der GmbH & Co KG	384
g.	Charakterisierung der Mitbestimmung nach dem MitbestG.	385
II.	Die Organe der AG im Einzelnen.	386
1.	Der Vorstand	386
a.	Institution, Zusammensetzung, Qualifikation.	386
b.	Bestellung, Abberufung, Amtszeit, Vergütung.	388
c.	Organisation.	392
d.	Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis.	394
(1)	Die Kompetenz des Vorstands nach der gesetzlichen Regelung	394
(2)	Der Inhalt der Geschäftsführungsbefugnis des Vorstands	394
(3)	Beschränkungen der Leitungsmacht	396
(4)	Holz Müller-Doktrin.	397
(5)	Gelatine.	401
e.	Die Vertretungsmacht des Vorstands im Einzelnen; Zurechnung tatsächlicher Handlungen des Vorstands.	404
f.	Die Haftung des Vorstands.	405
(1)	Im Innenverhältnis.	405
(2)	Im Außenverhältnis.	408
2.	Der Aufsichtsrat	409
a.	Institution.	409
b.	Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats.	409
c.	Qualifikation.	410
d.	Wahl, Amtsende, Dienstverhältnis.	411
e.	Organisation, insbesondere Beschlussfassung des Aufsichtsrats	413
f.	Mangelhafte Aufsichtsratsbeschlüsse.	416
g.	Kompetenz	417
h.	Pflichten, Haftung der Aufsichtsratsmitglieder.	418
3.	Die Hauptversammlung	422
a.	Zuständigkeit	422
b.	Organisation und Verfahren.	424
(1)	Grundgedanke der Regelung	424
(2)	Einberufung der HV; Teilnahme.	424
(3)	Ablauf der Hauptversammlung.	428
(4)	Das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung	430
(5)	Auskunftsrecht hinsichtlich bloßer Minderheitsbeteiligungen der Gesellschaft	431
(6)	Sanktionen bei Verletzung des Auskunftsrechts.	433
(7)	Stimmrecht und Beschluss.	433
(8)	Stimmbindungsverträge.	436
(9)	Ruhen, Ausschluss des Stimmrechts, Stimmrechtsmissbrauch	438
III.	Die Organisation der GmbH	440
1.	Die Organe.	440
2.	Die Geschäftsführung der GmbH.	440
a.	Zusammensetzung; faktischer Geschäftsführer.	440
b.	Qualifikation.	441
c.	Bestellung, Amtszeit, Anstellungsverhältnis	442
d.	Abberufung, Amtsniederlegung.	443

Inhaltsverzeichnis

e.	Zuständigkeit der Geschäftsführer; Geschäftsordnung	446
f.	Pflichten	448
g.	Haftung	449
(1)	Im Innenverhältnis	449
(2)	Im Außenverhältnis	450
3.	Der Aufsichtsrat	452
4.	Die Gesellschafter der GmbH	453
a.	Gesellschafter und Gesellschafterversammlung	453
b.	Zuständigkeit	453
c.	Versammlung und Beschluss	454
J.	Konzernrecht	460
I.	Aktienrechtlicher Konzern	460
1.	Einführung	460
2.	Vertragskonzern	461
a.	Wesen und Motive	461
b.	Zustandekommen, Änderung und Beendigung	462
c.	Statusänderung, Rechte und Pflichten	463
3.	Faktischer Konzern	465
a.	Einordnung	465
b.	Konzerneingangsschutz	466
c.	Leitungsmacht und Verantwortlichkeit im faktischen Konzern	467
d.	Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Abhängigkeit	469
e.	Faktischer Konzern und allgemeiner Vermögensschutz in der abhängigen Gesellschaft	469
f.	Qualifizierter faktischer Konzern	470
4.	Eingliederung	470
5.	Squeeze-Out, wechselseitig beteiligte Unternehmen	472
II.	GmbH-Konzern	472
1.	Der RegE GmbHG 1972	472
2.	Vertragskonzern	473
a.	Allgemeine Rechtsfigur	473
b.	Zustandekommen eines GmbH-Vertragskonzerns	473
c.	Rechtsfolgen des Vertragskonzerns mit einer GmbH als abhängiger Gesellschaft	477
3.	Faktischer Konzern	478
III.	Europäischer Konzern	480
K.	Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	481
I.	Rechtsnatur und wirtschaftliche Bedeutung, insbesondere die KGaA an der Börse	481
1.	Rechtsnatur und wirtschaftliche Bedeutung der KGaA	481
2.	Die KGaA an der Börse	483
II.	Die Gründungsregelung der KGaA	484
1.	Übersicht über die Gründungsregelung	484
a.	Zahl der Gründer und Komplementärfähigkeit	484
b.	Gründungsakt und Gründungsprüfung	484
c.	Inhalt des Gesellschaftsvertrages	485

Inhaltsverzeichnis

d. Firma	485
e. Eintragung in das Handelsregister	485
2. Die KGaA im Konzern	485
III. Die Rechtsstellung der Gesellschafter der KGaA	485
1. Die persönlich haftenden Gesellschafter (Komplementäre)	485
2. Die Kommanditaktionäre	486
IV. Die Organe der KGaA	486
1. Die Hauptversammlung	486
2. Der Aufsichtsrat	486
a. Zusammensetzung und Kompetenzen	486
b. Mitbestimmung	487
3. Die Gesamtheit der Kommanditaktionäre	487
V. Die Finanzordnung der KGaA	487
L. Die Rechnungslegung bei AG und GmbH	489
I. Bedeutung und Rechtentwicklung	489
II. Buchführung, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht bei AG und GmbH	493
1. Übersicht über die Regelung	493
2. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	494
3. Buchführung und Bilanz	495
4. Eigenkapital und Jahresergebnis	496
5. Verwendung des Jahresergebnisses	498
6. Die Berechnung des Eigenkapitals, Unterbilanz, buchmäßige Überschuldung	498
7. Gewinn- und Verlustrechnung	499
8. Verwendung des Jahresergebnisses in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der AG	500
9. Anhang und Lagebericht	500
10. Prüfung	501
11. Offenlegung	501
III. Feststellung und Wirksamkeit des Jahresabschlusses	502
1. Bedeutung der Feststellung, Berichtigung	502
2. Feststellung bei der AG	502
3. Feststellung bei der GmbH	503
4. Nichtigkeit und Anfechtung bei der AG	504
5. Nichtigkeit und Anfechtung bei der GmbH	505
M. Ende oder Umwandlung der Kapitalgesellschaft	506
I. Die Auflösung der AG und der GmbH	506
II. Die Auflösung der KGaA	507
III. Überblick über das UmwG	508
Paragrafen- und Artikelregister	513
Entscheidungsregister	527
Sachregister	555